



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B., E.: Kleine Chronik vom Reichstage. 4.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Eines ist ihm noch zu Theil geworden, bevor er seines Daseins Ziel fand. Er hat, wofür er das Leben lebte und hingab, wenn nicht vollendet, so doch nach menschlichem Ermessen der Vollendung nahe gesehn. Auf die Größe Deutschlands war all sein Sehnen und Streben gerichtet, auf der Stärke und dem nationalen Beruf Preußens ruhten alle seine patriotischen Hoffnungen. Er hat scheiden können mit der Ueberzeugung, daß dieses Hoffen und Ringen nicht eitel, daß das Opfer, welches er dem Vaterlande in sich selber gebracht, ein wohlgefälliges sei, da Deutschlands Einheit nie besser gesichert war als in der Stunde, die ihn abrief.

Nun liegt er, nur 48 Jahre alt, draußen auf dem schönen Friedhof der alten Musesstadt; dieser beredete Mund ist verstummt, diese treuen Augen sind geschlossen. Aber wenn je einer mit Recht und in Wahrheit, so verdient er die trostreiche Grabchrift: „non omnis morior.“ — J. v. W.

Kleine Chronik vom Reichstage.

4.

Die Festwochen des Reichstages sind vorüber, die Wahlprüfungen beinahe beendet, Schrapz und Bebel, aber auch v. Forkenbeck und Gneist sind in das Haus getreten, und die ernste Arbeit der Session hat begonnen. Unterdeß sind seit Einberufung des Reichstags vier Wochen vergangen und die Berathung ist noch nicht weiter fortgeschritten, als bis zu Artikel 12 des Verfassungsentwurfs, und der Entwurf hat bekanntlich 71 Artikel. Nun ist allerdings eine Woche auf die Constituirung und eine zweite für die Generaldebatte abzurechnen, auch werden hoffentlich die circa 20 Artikel über Zölle, Eisenbahnen, Posten und Telegraphen während Berathung der übrigen Artikel durch eine Commission der Plenarverhandlung vorbereitet werden. Trozdem ist die Hoffnung wohl aufzugeben, daß die Vorberathung bis zur Osterwoche beendet sein wird und im Mai noch eine kurze Schlußberathung das Werk vollende. Denn, wie man vernimmt, ist eine große Menge von Amendements zu den einzelnen Artikeln eingebracht und sie wird voraussichtlich sehr aufhalten, obgleich die Geschäftsordnung mit

den Verbesserungsanträgen im Ganzen kurzen Proceß macht. Es ist die deutsche Gründlichkeit eine schöne Sache, aber sie droht dem Verfassungswerk zahlreiche Steine in den Weg zu legen.

Wer den Verlauf der bisherigen Plenarsitzungen beurtheilt, wird zuerst den Schwierigkeiten Rechnung tragen, welche die zu schnell adoptirte preussische Geschäftsordnung grade der Berathung eines Verfassungsentwurfs bereitet. Sie ist ein möglichst schwerfälliges und ungeschicktes Instrument durch ihre Rednerliste, durch die Erörterung über Geschäftsordnung und die persönlichen Bemerkungen, welche sie gestattet. Was im preussischen Landtage so oft peinlich war, wird auch dem Reichstage nicht erspart, daß angesehene Habitués des preussischen Abgeordnetenhauses während der Sitzungen über die Geschäftsordnung gegen einander disputiren und daß am Ende einer bewegten Sitzung heftige persönliche Erörterungen zu kleinlichem Gezänk ausarten. Diese Uebelstände bereiten unvermeidlich öde Stunden. Aber trotzdem hat fast jeder Tag seine glänzenden Momente gehabt, und bereits hat eine Anzahl der Redner die wärmste Theilnahme des Publikums gewonnen. Unläugbar hat niemand die Gunst seiner Stellung und sein großes Talent für lichtvolle Darstellung so gut verwendet als der preussische Ministerpräsident. Er spricht von seinem Plaze, welcher in dem Plane des hirthschen Parlamentsalmanachs mit klein a beziffert ist, oft und, wie man annehmen möchte, gern, hat auch den Polen gegenüber sogar mit einem historischen Vortrage erfolgreich debutirt. Er und seine preussischen Collegen, aber auch der Hof, sind gegen die Mitglieder des Reichstags artig und zuvorkommend. Und es wird nicht an ihrer persönlichen Haltung liegen, wenn die Beendigung noch auf Schwierigkeiten stößt.

Die Schwierigkeit der Vereinbarung liegt aber durchaus nicht in dem Mangel an gutem Willen der Majorität und besonders der nationalen Partei, welche jetzt wohl achtzig Mitglieder zählt und einen großen Theil der Intelligenz und technischen Bildung des Reichstags in sich vereinigt. Sie liegt vielmehr in dem urdeutschen Bestreben, alles was man ansieht möglichst sorgfältig und gut zu machen. Nun aber ist der Verfassungsentwurf ein Document, welches in constitutionellem Sinn gut zu machen ganz unmöglich ist. Sein Werth und seine Bedeutung für unsere Zukunft sind vielmehr, daß er eine Formulierung geschlossener Verträge und ein originelles Product mühevoller Compromisse zwischen souveränen Staaten, wie ähnlicher Compromisse zwischen den Leitern des preussischen Staates selbst ist. Durch die Annahme desselben soll vor allem constatirt werden, daß eine neue Basis für eine einheitliche Entwicklung deutscher Kraft gewonnen ist. Es ist allerdings mißlich, daß er nach einzelnen Richtungen diese Grundlagen selbst fixirt, nach andern vieles unbestimmt der Zukunft überläßt. Aber es ist doch noch mißlicher, wenn die liberalen Fractionen diese Grundlagen weiter führen und im Interesse freier Ent-

wicklung zahlreiche neue kleine Grundsteine hinzubringen wollen. Das ganze fremdartige Product des Jahres 1866 widerstrebt solcher Emendation. Es läßt z. B. sehr zweifelhaft, wie die Geschäfte der neuen Föderation besorgt werden, welchen Antheil die Commissare der verbündeten Regierungen, die ständigen Commissionen des Bundesrathes an den laufenden Geschäften haben sollen. Ursache ist wahrscheinlich, daß der preussischen Regierung das Detail selbst noch nicht deutlich ist, und daß sie nur an dem Einen festhalten wird, die Summe der Gewalt nicht aus den Händen zu geben. Ihr liegt vor allem daran, gegenüber den Bundesgenossen sich immer auf den festen Organismus des preussischen Staates stützen zu können, und andererseits den Bundesgenossen und deren höchsten Beamten wieder durch eine gewisse Betheiligung das Gefühl der Mitwirkung zu geben. Bei solchem Spielraum, den die Regierung sich für künftige Bildungen vorbehalten hat, kann von einer politischen Verantwortlichkeit der Bundescommissare oder des Bundeskanzlers gegenüber dem Reichstag noch nicht die Rede sein. Die darauf bezüglichen Anträge der Linken wurden mit Fug abgelehnt, aber auch die Amendements von Bennigsen, welche nur die ersten Ansätze zu verantwortlichen Fachministerien zu schaffen versuchten, riefen einen lebhaften Kampf bei der Abstimmung am 28. hervor, welcher mit der völligen vorläufigen Abwerfung des Artikel 12 durch 1 Stimme Majorität endete. Es wäre kein gutes Omen für das Gelingen der Vereinbarung, wenn ähnliche Abstimmungsconflicte wiederkehrten.

Den Mitgliedern der gemäßigten Opposition, welche sehr aufrichtig das Gelingen der Vereinbarung wünschen, kann im Eifer ihrer Arbeit wohl begegnen, daß sie übersehen, wie sehr auch die äußere Lage schnell zu großen Modificationen der Bundesverfassung drängen wird. Die Veröffentlichung der militärischen Bündnisse mit den Südstaaten hat große Sensation hervorgerufen und man hat dieselben als einen unerwarteten Beweis für die Stärke der preussischen Position bei uns mit Freuden begrüßt, in Frankreich und Oestreich mit Zorn oder Resignation aufgenommen. Gewiß sind diese Bündnisse ein Beweis der starken Position, welche Preußen im Herbst vorigen Jahres einnahm. Ob auch ihre Veröffentlichung ein Zeichen des fortschreitenden preussischen Einflusses war, vermag nicht zu übersehen, wer außerhalb der Geschäfte steht. Aber man möchte daran zweifeln. Denn offenbar war die nächste Absicht der Veröffentlichung, das Ministerium Hohenlohe in Bayern von dem Vorwurf frei zu machen, daß es die Bayern an Preußen ausliefere, und dadurch seinen Sturz zu verhindern. Daß Preußen wenige Monate nach dem Bündniß schon um die Herrschaft österreichischen oder französischen Einflusses in den größeren Südstaaten besorgt sein muß, ist nicht bequem. Ferner aber ist Preußen durch diese Veröffentlichung und durch die dem Reichstag verkündigte Aussicht auf den Zutritt der Südstaaten zu einem Zollparlament aus der vornehmen Kälte

herausgetreten, mit welcher es bis jetzt auf der Mainlinie zu stehen schien. Es ist engagirt, im Süden seinen Einfluß und Willen durchzusetzen. Das ändert die Sachlage gewaltig. In Wahrheit war die Mainlinie immer eine diplomatische Fiction, denn Preußen konnte niemals zugeben, daß die Südstaaten ein Tummelplatz fremden Einflusses wurden, es mußte dort beschützen, verteidigen, im Nothfall seine Heere den Hilflosen zu Hilfe senden, gleichviel ob sie im Bundesstaat waren oder nicht; und es mußte unter allen Umständen Opfer bringen, um die Wehrkraft des Südens zu stärken, der ohne fremde Hilfe seine Heere niemals neu organisiren wird. Jetzt aber ist diese Verpflichtung Preußens offenkundig und dringlich geworden, und ihm wird zuletzt nichts übrig bleiben, als dem Süden gegenüber zu fordern, statt dem Verbenden zu gewähren. Wir bezweifeln, daß man in Bayern und Schwaben zur Zeit geneigt ist, das zu thun, was zur Befestigung der Verbindung mit dem Norden zunächst nöthig ist. Aber man darf allerdings hoffen, daß Preußen, wenn der Vertragscharakter des Bundesentwurfs nicht wesentlich durch den Reichstag alterirt wird, zuletzt solche Annäherung durchsetzt. Durch dies alles ist die politische Lage eine verwickelte geworden, sie stellt auch dem Reichstag die ernste Mahnung, seine Arbeit zu beeilen, und daran zu denken, daß eine Verfassung, welche in nächster Zeit noch einen Ausbau durch Anfügung süddeutscher Interessen erhalten soll, in ihren wesentlichsten Bestimmungen nicht auf unveränderte Dauer rechnen darf.

E. V.

Mit **Nr. 14** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im März 1867.

Die Verlagshandlung.

Verantwortlicher Redacteur: **Gustav Freytag.**

Verlag von **F. A. Herbig**. — Druck von **Güthel & Wegler** in Leipzig.